Protokoll der öffentlichen Gemeinderatsitzung vom 13. Februar 2007

Tagesordnung, öffentlicher Teil

1. Fragen der Einwohner
2. Information über die von der EnBW geplanten Maßnahmen im Umspannwerk Hüffenhardt, u. a. Neubau einer 380 kV Schaltanlage sowie Erweiterung/Ertüchtigung der vorhandenen 110 kV Schaltanlage
3. Information über das neue Betreuungskonzept in der Tageseinrichtung für Kinder Hüffenhardt
4. Beratung und Beschlußfassung der Haushaltssatzung für das Jahr 2007
5. Bauvorhaben
Beratung und Beschlußfassung über die Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde gem. § 36 BauGB
 - 5.1. Neubau eines Carports auf dem Grundstück FlSt.-Nr. 123, Am Berg 4, Hüffenhardt (§ 34 BauGB)
 - 5.2. Antrag auf Änderung des Standortes der geplanten Garage, FlSt.-Nr. 3150, Am Kirschenrain 7 in Kälbertshausen (§ 31 BauGB)
6. Verwendung des Gemeindewappens;
 - 6.1. Erlaß von Regelungen für die Verwendung durch Dritte
 - 6.2. Beratung und Beschlußfassung über einen Antrag des Vereins der Hundefreunde Hüffenhardt / Kälbertshausen e. V.
 - 6.3. Beratung und Beschlußfassung über einen Antrag des Gewerbevereins Hüffenhardt e. V.
7. Ermächtigung der Verwaltung zur Vermietung der Wohnung Bergstraße 2 in Kälbertshausen
8. Informationen, Anfragen, Verschiedenes
9. Fragen der Einwohner

zu Punkt 1

Aus den Reihen der Zuhörer wird eine Frage bezüglich des Fragerechts bei TOP 2 an den Bürgermeister gestellt.

zu Punkt 2

Bürgermeister Herberich begrüßt die Herren Heim und Tausend von der Energie Baden-Württemberg Stuttgart.

Vor Beginn der Ausführungen bittet er das Gremium um Zustimmung, daß auch die Zuhörer Fragen direkt an die Vortragenden richten können. Diese wird erteilt.

Herr Heim informiert anhand eines Planes über den vorgesehenen Neubau einer 380 kV Schaltanlage sowie der Erweiterung der bisherigen Umspannstation.

Das Umspannwerk Hüffenhardt stellt einen zentralen Knotenpunkt im Regionalnetz der Energieversorgung dar und dient im Wesentlichen der Versorgung des Gebietes Rhein-Neckar-Nordbaden mit elektrischer Energie. Bedingt durch einen Zuwachs des Leistungsbedarfes in diesem Bereich wird die Umrüstung erforderlich. Die vorhandene 110 kV Schaltanlage wird um zwei Sammelschienen, zwei Trafo-Einspeisefelder 380/110 kV und sechs Leitungsfelder sowie einer Längs- / Querkupplung mit Sammelschienen erweitert. Der Aufbau der Anlage soll im Wesentlichen an gleicher Stelle erfolgen. Der Neubau der 380 kV Anlage ist mit zwei Transformatoren 380/110 kV 300 MVA, 2 Sammelschienen und 2 Leitungsfeldern geplant. Nach Inbetriebnahme der neuen Anlage werden die zwei Großumspanner 220/110 kV und die gesamte 220 kV-Anlage außer Betrieb genommen und abgebrochen. Die Anbindung an das Hochspannungsleitungsnetz erfolgt dann als Einschlei-

fung des derzeit vorbeiführenden Stromkreises. Nach ausführlicher Vorstellung des Projekts und Beantwortung der gestellten Fragen übergibt Herr Heim das Wort an seinen Kollegen Tausend. Dieser ist im Bereich Immissionsschutz / Schallfelder tätig. Er informiert die Anwesenden anhand von Folien über die Geräuschemissionen einer 380 kV Leitung und nimmt auch zu den Auswirkungen von elektromagnetischen Strahlungen Stellung.

Von der Möglichkeit Fragen zu stellen, wird sowohl von den Mitgliedern des Gemeinderats als auch von den Zuhörern rege und durchaus kritisch Gebrauch gemacht.

Bürgermeister Herberich bedankt sich bei den Herren für die ausführliche Information und fordert die Zuhörer wie auch die Einwohner der Gemeinde auf, ihre offenen Fragen und Anregungen bzw. Einwände bei der Gemeinde einzureichen, damit sie in die Stellungnahme einfließen können.

zu Punkt 3

Gemeinderätin Ziegler, die auch Leiterin der Tageseinrichtung für Kinder in Hüffenhardt ist, stellt das neue Betreuungskonzept vor.

Im Vorgriff auf den „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung“ des Landes, der ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 gilt, werden bereits seit der Einrichtung der Kleinkindgruppe /-betreuung die Ziele des neuen Konzeptes verfolgt und stetig weiterentwickelt.

Der Orientierungsplan sieht vor, den Kindergarten als Ort frühkindlicher Bildung in den Blickpunkt zu rücken und legt damit seinen Schwerpunkt auf die sechs so genannten Bildungs- und Entwicklungsfelder: Körper, Sinne, Sprache, Denken, dazu die Bereiche Gefühl und Mitgefühl sowie Sinn, Werte und Religion.

Frau Ziegler erwähnt, daß die Tageseinrichtung der einzige Kindergarten im Umkreis sei, der diese Kleinkindbetreuung bereits anbietet.

Bürgermeister Herberich lobt das besondere Engagement der Leiterin Silke Ziegler und ihres gesamten Teams und nennt die Tageseinrichtung ein Vorzeigebjekt.

zu Punkt 4

Bürgermeister Herberich stellt seine Ausführungen zum Haushaltsplan unter ein Zitat des vor 175 Jahren geborenen Dichters Wilhelm Busch:

„Ach, reines Glück genießt doch nie, wer zahlen soll und weiß nicht wie.“ Ob der vor 175 Jahren geborene Dichter, in seiner humoristischen Art, schon die Nöte der Politik gekannt hat? Heutzutage treibt dies sicherlich viele Menschen um - nicht nur in der Politik, wenn man die öffentliche und auch die private Verschuldung betrachtet. Die Entwicklung ist bedenklich. Und die Forderungen, Wünsche, Bedürfnisse (?) steigen, werden gepflegt und vehement vertreten. Wer fragt noch, was unsere Gesellschaft leisten kann, leisten muß? Dennoch gibt es positive Signale.

Zum einen hat man zumindest den Eindruck, daß das Problembewußtsein bei Bundes- und Landespolitikern wächst, nicht unbegrenzt Schulden machen zu können. Wenn jedoch von Bundespolitikern schon ein besonderer Erfolg darin gesehen wird, daß die Nettoneuverschuldung geringer ausfällt und deshalb notwendige Reformen verwässert werden, ist dies nur ein Pyrrhuserfolg.

In den Kommunen wird diese Problematik weitgehend klarer gesehen. Im vierten Jahr in Folge werden in Hüffenhardt keine neuen Kredite mehr aufgenommen und die Verschuldung zurückgefahren. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 565,29 Euro liegen wir deutlich unter dem Landkreisschnitt von 760 Euro, aber 90 Euro über dem Landesdurchschnitt der Gemeinden unserer Größe.

Zweitens hat man - zumindest im Land Baden-Württemberg - erkannt, daß es mit den Belastungen der Kommunen so nicht weitergehen kann. Im letzten Jahr wurde eine Einigung mit der Landesregierung erzielt, das Konnexitätsprinzip konsequent umzusetzen. Ob hier das Wort zur Tat wird und wie teilweise unterschiedliche Sichtweisen zusammengebracht werden, wird sich zeigen. Leider hat es den Anschein, daß die in diese Problematik einwirkende Föderalismusreform mit der Änderung der Art. 84 und 85 Grundgesetz noch nicht bei allen Bundespolitikern angekommen ist. Es muß allen Politikern bewußt werden, daß die Finanzausstattung der Gemeinden so sein muß, daß diese ihre Aufgaben ordentlich erfüllen und damit das direkte Lebensumfeld der Menschen gestalten können.

Und drittens hellt sich der Himmel über den öffentlichen Finanzen durch die sich allgemein bessernde Konjunktur und die steigende Zuversicht etwas auf. Hier ist zu wünschen, daß dies auch positive Effekte auf das dringendste Problem unserer Gesellschaft hat, die Arbeitslosigkeit. Damit sind in erster Linie menschliche Schicksale verbunden, aber auch erhebliche Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Diesen Aufwand für die soziale Versorgung bekommen auch wir im Gemeindehaushalt zu spüren: Die von unserer Gemeinde zu zahlende Kreisumlage, die größtenteils von den Sozialausgaben beeinflusst wird, erreicht mit fast 600.000 Euro und mehr als 15 % des gesamten Verwaltungshaushalts ein Rekordniveau.

Auch im weiteren Bereich des Finanzausgleichs, der allg. Zuweisungen und der Umlagen sind wir dem Spiel der freien Kräfte ausgeliefert. Wegen des außerordentlich guten Jahres 2005 fehlen uns gegenüber dem Vorjahr per Saldo fast 500.000 Euro! Zum Glück haben wir vorgesorgt und können dies durch eine Rücklagenentnahme ausgleichen. So ist unser Spielraum trotz - im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt - höherer Gewerbesteuererinnahmen auch weiterhin gering.

Im Hinblick auf Wünschenswertes bleibt uns auch heuer zum Trost nur ein weiteres Busch-Zitat: „Enthaltbarkeit ist das Vergnügen an Sachen, welche wir nicht kriegen.“

Auch angesichts anstehender Investitionen im Bereich der Abwasserbeseitigung, die dieser Haushalt noch nicht berücksichtigt, werden wir uns mit diesem „Vergnügen“ wohl weiterhin abfinden müssen. Trotzdem gehen wir optimistisch an die Arbeit; das weitere Finanzgebaren werden wir dabei mit einer gehörigen Portion Vorsicht im Auge behalten müssen. Und unseren hohen Finanzpolitikern wünschen wir im Sinne von Wilhelm Busch viele Momente „reinen Glückes“ - vielleicht wäre dies auch in unserem Sinne!

Der Bürgermeister übergibt sodann das Wort an Kämmerer Zipf, der weitergehende Erläuterungen zum Zahlenwerk gibt.

Der Gemeinderat hat den Haushaltsentwurf für das Jahr 2007 in der Sitzung am 12. Dezember 2006 gemeinsam mit dem Ortschaftsrat beraten. Gegenüber dem Planentwurf haben sich mittlerweile Veränderungen auf der Einnahmenseite des Verwaltungs- und auf der Ausgabenseite des Vermögenshaushaltes ergeben.. Das Volumen der Verwaltungshaushaltes wurde von 3.833.818 € auf 3.812.674 € reduziert; im Vermögenshaushalt wurden die Ansätze von 738.076 € auf 966.032 € erhöht. Kreditaufnahmen sind nicht vorgesehen. Die Investitionen im Jahr 2007 beschränken sich wieder auf ein Minimum. Eine wesentliche Veränderung des Planansatzes wurde im Bereich der energetischen Dachsanierung des Kindergartens Hüffenhardt vorgenommen. Hier werden 50.000 € mehr veranschlagt, so daß nun 130.000 € im Haushalt eingestellt sind. Ein weiterer Investitionsschwerpunkt ist die Beschaffung eines Löschfahrzeugs 10/6 für die Freiwillige Feuerwehr und die Gestaltung der Außenanlage der Mehrzweckhalle. Finanziert werden die Ausgaben neben den erhofften Zuschüssen mit einer enormen Rücklagenentnahme von 726.032 €. Zum Ende des Haushaltsjahres werden voraussichtlich noch 426.625 € in der Rücklage sein und damit rund 350.000 € über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestrücklage.

Die positive Entwicklung des Verwaltungshaushaltes der vergangenen zwei Jahre setzt sich leider nicht fort. Gegenüber dem Entwurf mußte der Ansatz bei der Gewerbesteuer um rund 150.000 € auf nun 440.000 € zurückgenommen werden. Und wegen des außerordentlich guten Jahres 2005 fehlen der Gemeinde im Bereich der allgemeinen Zuweisungen und Umlagen gegenüber dem Vorjahr per Saldo fast 500.000 €. Die daraus resultierende negative Zuführung von 405.532 € verdeutlicht, daß die gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht über die Ausfälle durch den Finanzausgleich hinwegtäuschen kann. Der erneute Verzicht auf eine Kreditaufnahme und die damit einhergehende Rückführung der Verschuldung sei positiv zu vermerken.

Im Finanzplan der Gemeinde für die Jahre 2008 bis 2010 sind Ausgaben für Investitionen im Kanalnetz von jeweils 100.000 € eingestellt, die bevorstehende Rathaussanierung im Jahr 2008 kalkuliert man derzeit mit 200.000 €. Soweit keine nennenswerten zusätzlichen Einnahmen aus dem allgemeinen Haushalt dazu kommen, werde zur Deckung mit Verkaufserlösen aus Gewerbegrundstücken in Höhe von 570.000 € kalkuliert.

Das Gremium zeigt sich durch Vorträge und die Beratung hinreichend informiert und faßt folgenden

Beschluß

Der Gemeinderat beschließt die in Anlage 1 beigefügte Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007.

- einstimmig -

zu Punkt 5

5.1 Gemeinderat Hagner nimmt wegen Befangenheit im Zuhörerraum Platz.

Die Bauherrin beabsichtigt den Neubau eines Carports auf dem Grundstück, Flst.Nr. 123, Am Berg 4. Der bereits vorhandene Autoabstellplatz soll nun überdacht und direkt an das Wohnhaus angebaut werden. Das Vorhaben ist städtebaulich vertretbar, deshalb schlägt der Bürgermeister vor, das Einvernehmen der Gemeinde zu erteilen.

Beschluß

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen der Gemeinde gem. §§ 36 i. V. m. 34 BauGB.

- einstimmig -

5.2 Die Bauherren beantragten die Änderung des Standortes der geplanten Garage auf dem Grundstück Flst. Nr. 3150 in Kälbertshausen. Die Garage wurde bereits beim bisherigen Bauvorhaben genehmigt. Da die Garage am neuen Standort allerdings die Baugrenze überschreitet, ist eine nochmalige Genehmigung erforderlich. Der Ortschaftsrat hat bereits in seiner gestrigen Sitzung zugestimmt. Bei einem Abstand von 1,40 m von der Straßengrenze erteilt auch der Gemeinderat das Einvernehmen.

Beschluß

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen der Gemeinde gem. §§ 36 i. V. m. 31 BauGB.

- einstimmig -

zu Punkt 6

Vor Eintritt in die Beratung dieses Punktes informiert Bürgermeister Herberich über eine e-mail von Gemeinderat Dietrich.

Dieser „regt an, die Unterpunkte 6.1 und 6.2 ersatzlos zu streichen" und über drei neu genannte Punkte zu beraten. Der Bürgermeister verweist diesbezüglich auf die von Herrn Dietrich versandte e-mail und läßt darüber als Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Nach dem Ergebnis mit

- 1 Ja-Stimme und 9 Neun-Stimmen bei 1 Enthaltung -

ist dieses Unterfangen abgelehnt.

Es wird sodann in die Beratung bezüglich der Verwendung des Gemeindewappens eingestiegen.

6.1 Erlaß von Regelungen für die Verwendung durch Dritte

Die Gemeindeordnung ermächtigt in § 6 die Gemeinden zur Führung von Wappen, Flaggen und Dienst-siegeln. Unserer Gemeinde wurde das Recht zur Führung des Wappens und einer Flagge in den Farben Gelb-Rot am 4. Mai 1960 durch das Innenministerium Baden-Württemberg verliehen.

Das Gemeindewappen ist in entsprechender Anwendung des § 12 BGB vor Eingriffen Dritter geschützt. Der Gemeinde ist jedoch das Recht eingeräumt, Dritten die Verwendung ihres Wappens zu gestatten.

Der Gemeindetag Baden-Württemberg empfiehlt Genehmigungen, insbesondere zur kommerziellen Nutzung, restriktiv zu handhaben. In jedem Fall sollte eine Gemeinde die Kontrolle über die Verwendung des Wappens unbedingt wahrnehmen, so der Tenor. Damit soll eine beliebige Nutzung des Hoheitszeichens vermieden werden.

Auch durch die neuere Rechtsprechung ist der Wappenschutz und das Recht der Gemeinden anerkannt. So geht der Bundesgerichtshof in einer Entscheidung von 2002 insbesondere auf die Problematik einer möglichen Verwechslung mit amtlichen Publikationen ein („Zuordnungsverwirrung").

Eine mißbräuchliche oder ungenehmigte Verwendung kann zivilrechtlich verfolgt werden (Unterlassungsanspruch) und stellt auch eine Ordnungswidrigkeit (Geldbuße) dar.

Zur Information und um die Verfahrensweise klar zu regeln, aber auch um eine Arbeitsgrundlage für künftige Entscheidungen zu schaffen, empfiehlt die Verwaltung Regelungen zu beschließen. Dadurch würden klare Aussagen getroffen und für die gemeinnützigen Vereine auch eine Sicherheit für deren Verwendungswünsche geschaffen werden.

Nach kurzen Rückfragen aus dem Gremium und ohne größere Diskussion beschließt der Gemeinderat die folgenden

Regelungen zur Verwendung des Wappens der Gemeinde Hüffenhardt

Die Gemeindeordnung ermächtigt in § 6 die Gemeinden zur Führung von Wappen, Flaggen und Dienst-siegeln. Unserer Gemeinde wurde das Recht zur Führung des Wappens und einer Flagge in den Farben Gelb-Rot am 4. Mai 1960 durch das Innenministerium Baden-Württemberg verliehen.

Das Gemeindewappen ist in entsprechender Anwendung des § 12 BGB vor Eingriffen Dritter (Nutzung, Verwendung) geschützt. Der Gemeinde ist jedoch das Recht eingeräumt, Dritten die Verwendung ihres Wappens zu gestatten.

1. Das Wappen der Gemeinde Hüffenhardt darf von eingetragenen Vereinen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen sowie Privatpersonen oder Gesellschaften mit Sitz oder Wohnung innerhalb des Gemeindegebietes mit schriftlicher Genehmigung der Gemeindeverwaltung verwendet werden.

2. Die Verwendung soll gemeinnützigen Vereinen gestattet werden wenn

- a) nicht die Gefahr besteht, daß durch den beabsichtigten Gebrauch des Wappens vom Antragsteller das Ansehen der Gemeinde gefährdet oder geschädigt wird,
- b) durch die Verwendung des Wappens vermieden wird, daß jeder Anschein eines amtlichen Charakters beim Publikum erweckt wird und dadurch eine Verwechslung mit gemeindlichen Einrichtungen sowie jede falsche Verwendung des Wappens ausgeschlossen ist,
- c) das Gemeindewappen heraldisch und in seiner Form richtig wiedergegeben wird.

3. Die Nutzung des Wappens für heraldisch-wissenschaftliche Zwecke sowie die nur illustrierende, zitierende oder rein abbildende Verwendung des Gemeindewappens bedarf keiner Genehmigung sofern dieses richtig wiedergegeben und durch die Art der Verwendung nicht der Anschein eines amtlichen Charakters oder einer Verbindung mit der Gemeinde hervorgerufen wird.
4. Im Schriftverkehr (z.B. Briefbögen, Karten etc.) von Dritten ist die Verwendung des Gemeindewappens nicht erlaubt.
5. Die Verwendung des gemeindlichen Wappens auf Textilien, Keramikprodukten, Glasartikeln, Drucksachen, Aufklebern und anderem zur Veräußerung sowie eine sonstige kommerzielle Nutzung durch Unternehmen, Personen oder nicht gemeinnützige Organisationen wird nur in besonders begründeten Ausnahmefällen gestattet.
6. Eine beabsichtigte Verwendung ist, soweit sie nach gesetzlichen Bestimmungen oder diesen Regelungen nicht schon erlaubt ist, rechtzeitig bei der Gemeinde zu beantragen. Der Antrag ist schriftlich einzureichen; er soll eine Begründung sowie eine Beschreibung der beabsichtigten Verwendung enthalten. Auf eine Genehmigung besteht kein Rechtsanspruch.
7. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet der Gemeinderat.
8. Die heraldisch einwandfreie Verwendung des Gemeindewappens zur vorübergehenden Ausschmückung von Gebäuden, Räumen usw. bei besonderen Anlässen kann durch den Bürgermeister gestattet werden. Die Gemeinde kann eine derartige Verwendung untersagen, wenn besondere Umstände ihr dazu Anlaß geben.
9. Für die Genehmigung kann ein Entgelt erhoben werden. Bei gemeinnützigen Vereinen soll darauf verzichtet werden. Von der Erhebung kann ebenfalls abgesehen werden, wenn das Wappen aus ideellen Gründen ohne geschäftlichen Vorteil verwendet wird und wenn die Verwendung dem Ansehen der Gemeinde dient.

Bei einer Verwendung nach Nr. 5 soll ein Entgelt erhoben werden, das sich nach dem Aufwand der Gemeinde und dem wirtschaftlichen Vorteil richtet.

10. Die Genehmigung ist zu widerrufen, wenn
 - ∅ sie durch unrichtige Angaben erschlichen ist oder
 - ∅ die an die Genehmigung geknüpften Bedingungen nicht erfüllt werden oder
 - ∅ durch die Art der Verwendung der Anschein eines amtlichen Charakters oder einer Verbindung mit der Gemeinde hervorgerufen wird.
11. Eine nichtbefugte Führung oder Verwendung des Gemeindewappens kann zivilrechtlich bzw. strafrechtlich verfolgt werden.
12. Bereits erteilte Genehmigungen zur Verwendung des Wappens behalten ihre Gültigkeit. Sie können nur unter den genannten Voraussetzungen widerrufen werden.

Still schweigende Duldung stellt keine Genehmigung dar.

Diese Richtlinien treten mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Beschluß

Der Gemeinderat beschließt die vorgenannten Regelungen.

- 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme -

6.2 Beratung und Beschlußfassung über einen Antrag des Vereins der Hundefreunde Hüffenhardt / Kälbertshausen e. V.

Der Verein der Hundefreunde beabsichtigt die Einbindung des Wappens in seiner Internetseite, die derzeit erstellt wird und hat um Genehmigung gebeten.

Die vorgenannten Kriterien, insbes. Nr. 3, werden eingehalten, so daß eine Genehmigung empfohlen wird.

Beschluß

Der Gemeinderat genehmigt die Nutzung des Gemeindegewappens in der Internetseite des Vereins der Hundefreunde Hüffenhardt/Kälbertshausen e. V. Von der Erhebung einer Gebühr wird abgesehen.

- einstimmig -

6.3 Beratung und Beschlußfassung über einen Antrag des Gewerbevereins Hüffenhardt e. V.

Gemeinderat Dietrich ist als Vorsitzender des Gewerbevereins Hüffenhardt e. V. befangen und rückt vom Sitzungstisch ab.

Bürgermeister Herberich berichtet, daß Herr Martin Dietrich per e-mail am 20.01.2007 der Gemeinde einen Terminplaner übersandt hat „zur Vorabkontrolle mit der Bitte um Rückmeldung und Anregung zur Gestaltung“.

Als Druckziel wurde für 2007 ein Testlauf mit maximal 10 Stück und für 2008 eine Auflage von 300 oder 500 Stück und ein Verkaufspreis von ca. 3,00 € pro Stück genannt. Diese Zusendung sei als Antrag bzw. Anfrage zur Wappenverwendung durch den Gewerbeverein Hüffenhardt e. V. gedacht.

Der Bürgermeister habe den Antragsteller am 02.02.2007 in Kenntnis gesetzt, daß der Gemeinderat in der Sitzung am 13.02.2007 über die Wappenverwendung auf diesem Verkaufsartikel entscheiden soll.

Nach dem Einwand von Herrn Dietrich, daß versucht wird, die reinen Druckkosten zu „deckeln“, wurde um Vorlage der Kalkulation gebeten, damit sich der Gemeinderat ein Bild machen kann. Dies wurde von Herrn Dietrich abgelehnt und am 04.02.2007 dann per e-mail mitgeteilt, daß er entschieden habe, daß der Druckauftrag mit Verwendung des Wappens am 06.02.2007 erteilt wird.

Die Herausgabe des Kalenders und der Verkauf zum Preis von 1,50 € sei mittlerweile, am Wochenende vor der Sitzung, erfolgt. Damit wurden, so der Bürgermeister, Tatsachen geschaffen, ohne die Entscheidung des Gemeinderats abzuwarten.

Der Vorsitzende geht sodann auf die rechtliche Würdigung und mögliche Rechtfertigungsgründe ein.

∅ Es liegt eindeutig eine unbefugte Verwendung des Wappens vor, da keine Genehmigung erfolgt ist bzw. diese noch nicht einmal abgewartet wurde.

∅ Berufung auf eine frühere, ungenehmigte Nutzung durch Herrn Dietrich privat (Postkarte).

Auch aus einer längeren unbefugten Benutzung kann nicht auf eine stillschweigende Gestattung geschlossen werden.

∅ Berufung auf andere kommerzielle Verwendung.

Der Gemeindeverwaltung ist keine genehmigte Nutzung auf einem Verkaufsartikel bekannt. Festschriften u. ä. von gemeinnützigen Vereinen sind davon nicht erfaßt.

Ø Berufung auf den Gleichbehandlungsgrundsatz: (das Recht auf eine gleiche Entscheidung gleicher oder vergleichbarer Sachverhalte):

Dies ist nicht gegeben. Die von Herrn Dietrich reklamierten Nutzungen durch die Vereine - auch der Verkauf von Festschriften o. ä. mit Wappenabbildungen - erfolgten von gemeinnützigen Vereinen. Dies ist ein gravierender Unterschied zur vorliegenden Nutzung.

Eine Genehmigung (vorheriges Einverständnis) ist nicht mehr möglich, da der Kalender schon hergestellt wurde und bereits im Verkauf ist. Eventuell bestünde die Möglichkeit, das nachträgliche Einverständnis zu erklären (Zustimmung).

Gemeinderat Sauer führt dazu aus: „Aus dem Umstand, daß die Verfahrensweise bisher nicht formell geregelt war und das bzw. die Gemeindewappen in der Vergangenheit in Festschriften o. ä. verwendet wurden, läßt sich keinesfalls das Recht herleiten, in eventuell rechtswidriger Art und Weise vorzugehen.

Aber egal wie die Sachentscheidung des Hauptorgans der Gemeinde ausfällt, ist die schriftlich fixierte Entscheidung, das Votum der Ratsmitglieder nicht abzuwarten bzw. im Falle der Ablehnung unbeachtet zu lassen, eine Brückierung sondergleichen. Eine ablehnende Haltung des Gremiums ohnehin zu ignorieren, ist eine höchst fragwürdige Mißachtung des von der Bürgerschaft gewählten Hauptorgans der Gemeinde und seiner Entscheidungen, die ich nicht widerspruchslos hinnehmen will und aufs Höchste mißbillige.

Wer als Mitglied dieses Gremiums seiner ehrenamtlichen Tätigkeit so wenig Achtung entgegenbringt und offenbar keinerlei Bedeutung beimißt, sollte sich schon fragen, ob die „Spielregeln“ und Umgangsformen noch eingehalten sind.“

Ohne weitere Aussprache beschließt der Gemeinderat sodann

Die Zustimmung zur Verwendung des Gemeindewappens auf dem Verkaufsartikel Wandkalender des Gewerbevereins Hüffenhardt e. V. wird nicht erteilt.

Der ohne Genehmigung hergestellte, bereits in den Verkauf gebrachte Wandkalender ist aus dem Verkauf zu nehmen. Ein weiterer Verkauf des Artikels mit dem Gemeindewappen wird untersagt.

Bei einer kostenfreien Abgabe des Kalenders an alle Interessenten wird die Zustimmung erteilt.

- 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung -

zu Punkt 7

Die Gemeindewohnung in Kälbertshausen, Bergstraße 2, wird zum 1. März frei und kann weiter vermietet werden. Damit die Verwaltung zügig handeln kann, bittet der Bürgermeister um Ermächtigung zur Vermietung. Dies soll in Absprache mit dem Ortsvorsteher erfolgen.

Beschluß

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung die Wohnung neu zu vermieten.

- einstimmig -

zu Punkt 8

Bürgermeister Herberich informiert über Folgendes:

- Ø Eine Prüfung der Bauausgaben der Gemeinde aus den Jahren ab 2003 durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) solle wieder beantragt werden. Die letzte Prüfung fand im Jahr 2003 statt; dort wurden die Bauausgaben der Jahre 1999 bis 2002 geprüft. Die Kosten dafür beliefen sich damals auf 8.000 €; wovon die Hälfte vom Landratsamt getragen wurde, was immer noch so gehandhabt wird. Das Gremium ist mit einer Beantragung einverstanden.
- Ø Die Gemeinde wird im Rahmen des Bebauungsplanaufstellungsverfahrens für das Wohngebiet „Ob dem hohen Graben“ in Bargaun von der Gemeinde Helmstadt-Bargaun als Träger öffentlicher Belange angehört. Die dortigen Planungen haben jedoch keine Relevanz für unsere Gemeinde, weshalb auf eine förmliche Stellungnahme verzichtet wird.
- Ø Beim Sturm „Kyrill“ ist die Gemeinde noch glimpflich davon gekommen. Im Wald sind nur ca. 50 Festmeter Holz beschädigt.
- Ø Die Eheleute Brandner aus der Karl-Schramm-Straße beabsichtigen, entlang des hinteren Feldwegs Bordsteine als „Überflutungsschutz“ zu setzen. Es fand ein Vor-Ort-Termin statt, bei dem keine dagegen stehenden Gründe ersichtlich waren. Die Kosten werden von den Eheleuten Brandner getragen.
- Ø Bürgermeister Herberich informiert über den Wiederaufstieg der KKS-Bogenmannschaft in die 2. Bundesliga und gratuliert mit den besten Wünschen auf weiteren sportlichen Erfolg.
- Ø Die Gemeinde beteiligt sich am 10. März an der Solidaritätsaktion „Flagge für Tibet“. Am Rathaus wird an diesem Tag die tibetische Flagge gehißt.

zu Punkt 9

Seitens der Zuhörer werden zum Ende der öffentlichen Sitzung keine Fragen gestellt.